



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

Wissenschaftskommunikation an bayerischen Hochschulen – Qualität statt Quantität!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein auf den Freistaat zugeschnittenes Positionspapier zur Wissenschaftskommunikation zu entwerfen und im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst vorzustellen.

Ziel des Positionspapiers ist eine Ausgestaltung der Wissenschaftskommunikation im Sinne der Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom November 2021.

Als zentrale Bestandteile des Positionspapiers sollen zumindest folgende Punkte aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrates enthalten sein:

1. Mehr Qualität statt Quantität in der Wissenschaftskommunikation
2. Keine persönliche Kommunikationspflicht für den einzelnen Wissenschaftler
3. Bei kontroversen Themenfeldern ist es zwingend erforderlich, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die politischen Handlungsfelder klar unterscheidbar bleiben, um einen Verlust der Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit zu verhindern.

Begründung:

Kommunikative Herausforderungen im Verhältnis von Wissenschaft und Politik, Öffentlichkeit und Medien sind in der COVID-19-Pandemie besonders sichtbar geworden, entstanden aber nicht erst in der Ausnahmesituation. Die Wissenschaft ist mit vielen gesellschaftlichen Problemstellungen eng verflochten, so dass sich in der Wissenschaftskommunikation insgesamt neue Anforderungen stellen.

In zahlreichen Anträgen der Opposition im Landtag wurde im Jahr 2021 stets ein Mehr an Wissenschaftskommunikation gefordert.

Die AfD-Fraktion beschreitet bei diesem Thema einen anderen Weg und schließt sich inhaltlich den Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom November 2021 an, der vor allem mehr Qualität statt Quantität fordert. Auch eine Pflicht zur persönlichen Kommunikation für den einzelnen Wissenschaftler sieht der Wissenschaftsrat nicht. Wie auch die AfD-Fraktion schätzt der Wissenschaftsrat die Vermengung zwischen Politik und Wissenschaft in der heutigen Zeit als problematisch ein:

„Der Wissenschaftsrat stellt fest, dass die Kommunikation wissenschaftlich fundierten Wissens vor allem in gesellschaftlich kontroversen Themenfeldern und in einem sich stark verändernden Medienumfeld an Grenzen stößt. Wenn Spannungsverhältnisse zwischen wissenschaftlichem Wissen, gesellschaftlichen Interessen und politischem Handeln bestehen, dann sind sie nicht durch eine erweiterte oder verbesserte Wissenschaftskommunikation auflösbar“, betont Dorothea Wagner, die Vorsitzende des Wissenschaftsrates. Solche Konflikte müssen gesamtgesellschaftlich reflektiert und austariert werden. Angesichts der Vielzahl und Vielfalt kommunikativer Aktivitäten aus der

Wissenschaft sieht der Wissenschaftsrat keinen quantitativen, wohl aber einen qualitativen Entwicklungsbedarf. Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind auf anspruchsvolle Kommunikationsaufgaben nicht ausreichend vorbereitet oder finden dafür in ihrem Umfeld nicht die notwendige Unterstützung. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wissenschaftlicher Einrichtungen hat oft institutionelle Ziele, stärkt damit aber nicht die Vertrauenswürdigkeit von Wissenschaft. „Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben keine persönliche Kommunikationspflicht“, stellt Dorothea Wagner fest.¹

¹ Pressemitteilung des Wissenschaftsrates vom 02.11.2021, https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/pm_1921.html, letzter Zugriff am 17.12.2021.